

Amtsblatt

für den Landkreis Harburg

52. Jahrgang

Winsen (Luhe), den 14.12.2023

Nr. 50

Bekannt- machung vom	Inhalt	Seite
11.12.2023	<u>Stadt Buchholz</u> Bebauungsplan „Wiesenstraße / Hermannstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Durchführung der „Öffentlichkeitsbeteiligung“ gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 13 a BauGB sowie den Vorschriften des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG)	968
09.10.2023	<u>Gemeinde Garlstorf</u> Hundesteuersatzung	972
08.12.2023	<u>Gemeinde Rosengarten</u> Sitzung des Rates	979
23.11.2023	<u>Gemeinde Tostedt</u> Satzungsbeschlusses über den Bebauungsplan Nr. 15/III „Lönsweg“, 1. Änderung mit örtlicher Bauvorschrift	981
30.11.2023	<u>Gemeinde Wulfsen</u> Hundesteuersatzung	983

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Buchholz in der Nordheide Nr. 72 / 2023

Bebauungsplan „Wiesenstraße / Hermannstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Durchführung der „Öffentlichkeitsbeteiligung“ gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 13 a BauGB sowie den Vorschriften des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG)

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Buchholz in der Nordheide hat in seiner Sitzung am 22.11.2023 gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, den Bebauungsplan „Wiesenstraße / Hermannstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift aufzustellen sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung (Öffentliche Auslegung) zum Bebauungsplan „Wiesenstraße / Hermannstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift sowie Begründung gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 13 a BauGB sowie den Vorschriften des PlanSiG durchzuführen.

Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. §13a BauGB handelt, wird von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die wohnbauliche Nachverdichtung auf einem bisher untergenutzten Grundstück zwischen der Wiesen- und der Hermannstraße. Das Plangebiet hat eine Größe von etwa 2 ha und umfasst die Flurstücke 104, 4/2, 100/2 und 3/3 der Flur 14 in der Gemarkung Buchholz i.d.N. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist in der anliegenden Übersichtskarte dargestellt.

Das Plankonzept soll die Schaffung von insgesamt etwa 160 Wohneinheiten mit anteiligem sozialen Wohnungsbau (ca. 50 Wohneinheiten) ermöglichen. Ebenso sind Einrichtungen für betreutes Wohnen und eine Tagespflegeeinrichtung vorgesehen.

Die Festsetzungen sehen im nördlichen Bereich eine viergeschossige, lärmabschirmende Bebauung vor, im übrigen Bereich maximal drei Geschosse. Im inneren Bereich des Quartiers soll ein großzügiger Grünbereich entstehen, u.a. zur Nutzung als Aufenthaltsbereich und Kinderspielfläche. Weiterhin werden u.a. die straßenbegleitenden Großbäume in der Wiesenstraße als zu erhaltend festgesetzt. Dachflächen werden als kombinierte Gründächer und zur Nutzung erneuerbarer Energie ausgestaltet.

Die erforderlichen PKW-Stellplätze werden größtenteils in Tiefgaragen untergebracht. Außerdem sind Fahrradstellplätze vorgesehen, sowohl ebenerdig als auch im Untergeschoss. Die Verkehrsanbindung erfolgt vornehmlich über die Straße Heidekamp sowie im Hinblick auf den ÖPNV über den Buchholzer Bahnhof und den Buchholz-Bus.

Weitere, über den Bebauungsplan hinaus reichende Maßnahmen und Vorgaben werden durch einen städtebaulichen Vertrag gesichert.

Der Entwurf des Bebauungsplanes „Wiesenstraße / Hermannstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift wird nunmehr nebst dazugehöriger Begründung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 13a BauGB sowie den Vorschriften des PlanSiG zusammen mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sowie Fachgutachten öffentlich ausgelegt. Damit erhält die Öffentlichkeit Gelegenheit, sich über die Planung zu informieren und Stellungnahmen vorzubringen.

Der Entwurf des Bebauungsplans „Wiesenstraße / Hermannstraße“ mit örtlicher Bauvorschrift sowie der dazugehörigen Begründung liegen im Zeitraum

vom 02. Januar 2024 bis einschließlich 02. Februar 2024

bei der Stadt Buchholz in der Nordheide im Rathaus, Rathausplatz 1, 21244 Buchholz in der Nordheide aus.

Die Einsichtnahme in die vollständigen Unterlagen wird im 1. Stock des Rathauses (Flurbereich des Fachbereiches 4 - Abteilung Stadt- und Grünplanung, Umwelt und Klima) während der genannten Öffnungszeiten des Rathauses ermöglicht:

Montag, Donnerstag, Freitag	von 08.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	von 08.00 bis 14.00 Uhr
Donnerstag zusätzlich	von 16.00 bis 18.00 Uhr

Eine Terminabsprache ist erwünscht unter maximilian.mueller@buchholz.de oder 04181 214-522

Folgende **Fachgutachten** und weitere Unterlagen, betreffend folgende Themen mit Umweltbezug liegen vor:

- Verkehrsgutachten
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
- Schalltechnische Untersuchung
- Gutachten zur Oberflächenentwässerung
- Energiekonzept
- Mobilitätskonzept

Weiterhin liegen **Umweltrelevante Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung** des Bauleitplanverfahrens gem. § 4 Abs. 1 BauGB vor:

- Landkreis Harburg zu folgenden Themen: Schutz von Fledermäusen und Vögeln; Gründächer in Verbindung mit PV-Anlagen; Oberflächenentwässerung
- Deutsche Bahn, DB Immobilien zu folgenden Themen: Auswirkungen des Bauvorhabens auf Bahnanlagen; Emissionen des Eisenbahnbetriebs und durch Unterhaltung der Bahnanlagen
- Gewerbeaufsichtsamt zur Erforderlichkeit eines Schallschutzgutachtens
- Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie zu Informationen zu Baugrundverhältnissen und Bergbauberechtigungen
- Stadtwerke Buchholz i.d.N. zum Vorhandensein von Versorgungsanlagen im Plangebiet
- Polizeiinspektion Harburg zu Stellplätzen, Immissionen durch Lärm ausgehend von den Bahnanlagen und zum Verkehrsaufkommen
- Archäologisches Museum Hamburg zur Aufnahme des Hinweises auf die Gültigkeit von § 14 Nds. Denkmalschutzgesetz in die Planzeichnung/Begründung
- BUND RV Elbe-Heide zu folgenden Themen: Mobilität und Verkehr; Klimaschutz/Energieversorgung
- Vodafone zum Vorhandensein von Versorgungsanlagen im Plangebiet
- Klimateams Stadt & Bauen, Energie u. Mobilität zu folgenden Themen: Bebauungsdichte und Freiflächen; Energiekonzept; Mobilität; Baumaterialien; Klimaschutz
- Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover - Kampfmittelbeseitigungsdienst: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet

Es liegen **Umweltrelevante Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitbeteiligung gem. § 3 Abs. BauGB** vor zu folgenden Themen:

- Verkehrliche Belange, Belange zu Mobilität, Parkraum, Baustellenverkehr und die mit diesen Themen verbundenen Belastungen.
- Städtebauliche Belange, insbesondere zur Dimensionierung und Höhe der Gebäude
- Belange zum Artenschutz, insbesondere zum Schutz von Vögeln
- Belange zum Naturschutz, insbesondere zum Schutz von vorhandenen Großbäumen

Es wird darauf hingewiesen, dass sich hier jedermann die Planungen erläutern lassen kann.

Die Unterlagen sind außerdem online einsehbar unter folgender Adresse:

www.buchholz.de/wiesenstr-hermannstr

Stellungnahmen können elektronisch (vorzugsweise), schriftlich an o.g. Adresse oder zur Niederschrift abgegeben werden. Stellungnahmen per E-Mail sind an katja.mencke@buchholz.de zu richten. Unter der o.g. Internet-Adresse können Stellungnahmen außerdem auch online abgegeben werden.

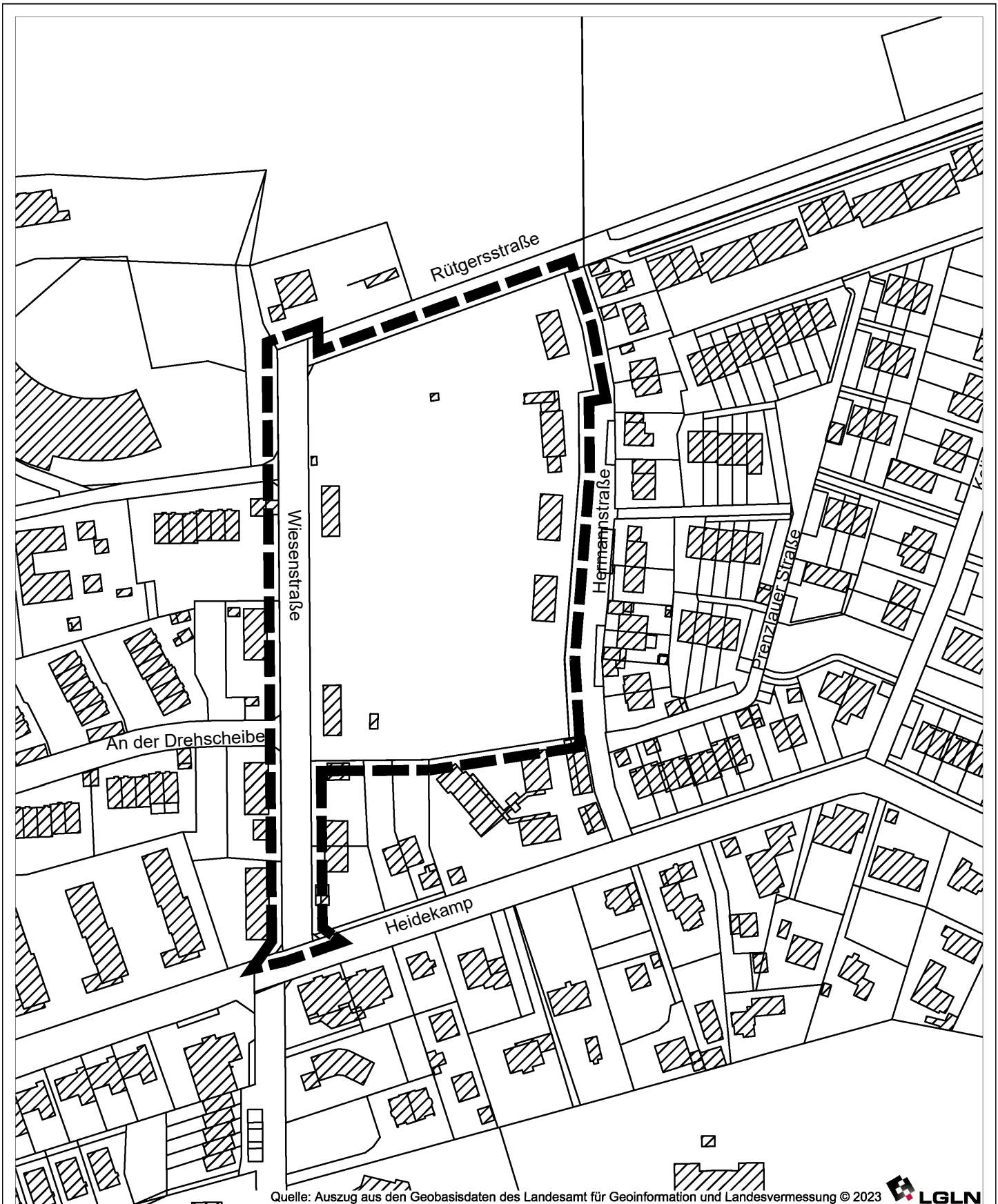
Diese Bekanntmachung finden Sie auch im Internet auf der Internetseite www.buchholz.de unter „Rathaus / Aktuelles / Amtliche Bekanntmachungen“.


Es wird darauf hingewiesen, dass nicht innerhalb der Auslegungsfrist abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan (gem. § 4a Abs. 5 BauGB) unberücksichtigt bleiben können, sofern die Stadt deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit der Bauleitpläne nicht von Bedeutung ist.

Buchholz i. d. N., den 11.12.2023

Der Bürgermeister

Anlage
Übersichtskarte



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten des Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung © 2023 



Stadt Buchholz in der Nordheide

Bebauungsplan „Wiesenstraße / Hermannstraße“



 Geltungsbereich **Bebauungsplan**

Gemeinde Garlstorf
Am Brink 2 – 21376 Garlstorf
 Tel.: 04172/ 8625 Fax: 04172/5251
 gemeindebuero@garlstorf.de



Hundesteuersatzung der Gemeinde Garlstorf

§ 1 Steuergegenstand

Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet. Näheres regelt § 3.

§ 2 Steuerpflicht

- (1) Steuerpflichtig ist die Hundehalterin/der Hundehalter. Als Hundehalterin/Hundehalter gilt, wer einen Hund oder mehrere Hunde in ihrem/seinem Haushalt oder Betrieb, ihrer/seiner Institution oder Organisation für Zwecke der persönlichen Lebensführung aufgenommen hat oder einen Hund im Interesse einer juristischen Person hält. Als Hundehalter/in gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn nicht nachgewiesen wird, dass der Hund in der Bundesrepublik bereits versteuert oder steuerfrei gehalten wird. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, wenn die Pflege, die Verwahrung, das Anlernen oder die Haltung auf Probe den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.
- (2) Alle nach Absatz 1 aufgenommenen oder gehaltenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3 Erhebungszeitraum, Entstehung der Steuer

- (1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem ersten Tag auf die Aufnahme nach § 2 Abs. 1 folgenden Kalendermonats, in dem der Hund in den Haushalt, den Betrieb, die Institution oder die Organisation aufgenommen worden ist, frühestens jedoch mit dem ersten Tag des folgenden Kalendermonats, in dem der Hund drei Monate alt wird.

Bei Hunden, die der Halterin/dem Halter durch Geburt von einer von ihr/ihm gehaltenen Hündin zuwachsen, entsteht der Steueranspruch erst mit dem Ersten des Monats, der auf den Tag folgt, an dem der Hund drei Monate alt geworden ist.

Bei Hunden, deren Halten bereits in der Gemeinde Garlstorf oder einer anderen Kommune besteuert worden ist, entsteht die Steuerpflicht mit Beginn des auf die Aufnahme folgenden Monats.

Beginnt das Halten bereits am ersten Tag eines Kalendermonats, so entsteht der Steueranspruch mit diesem Tag.

Gemeinde Garlstorf

Am Brink 2 – 21376 Garlstorf

Tel.: 04172/ 8625 Fax: 04172/5251
 gemeindebuero@garlstorf.de



- (2) Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Hund veräußert oder abgeschafft wird, abhandelt oder verstirbt. Das Gleiche gilt, wenn die/der Hundehalter/in aus dem Gemeindegebiet wegzieht.
- (3) Die Steuer wird für ein Kalenderjahr oder – wenn der Steueranspruch erst während des Jahres entsteht – für den Rest des Kalenderjahres festgesetzt und erhoben.
- (4) Die Hundesteuer kann gem. § 13 Abs. 1 NKAG mit anderen Abgaben der Gemeinde Garlstorf auf einem Bescheid festgesetzt werden.
- (5) Für diejenigen Steuerpflichtigen, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Für die Steuerpflichtigen treten mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre. Bei Änderungen, die den Steueranspruch betreffen, wird immer ein schriftlicher Steuerbescheid erteilt.

§ 4

Steuermaßstab und Steuersätze

- (1) Die Steuer wird nach der Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Die Steuer beträgt jährlich:
 - a) für den ersten Hund 48,00 €
 - b) für den zweiten Hund 72,00 €
 - c) für jeden weiteren Hund 108,00 €
 - d) für jeden gefährlichen Hund 600,00 €.
- (2) Gefährliche Hunde nach im Sinne der Satzung sind diejenigen Hunde, die eine gesteigerte Aggressivität aufweisen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Hund
 - Menschen oder Tiere gebissen oder sonst eine über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft, Angriffslust oder Schärfe gezeigt hat oder
 - auf Angriffslust, auf über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft oder Schärfe oder auf ein anderes in der Wirkung gleichstehendes Merkmal gezüchtet, ausgebildet oder abgerichtet ist

und die Fachbehörden die Gefährlichkeit des Hundes nach § 7 des Niedersächsischen Gesetzes über das Halten von Hunden (NHundG) festgestellt hat. In diesem Fall ist der Hund ab dem Ersten des Monats, in dem die Gefährlichkeit festgestellt wird, entsprechend § 4 Abs. 1 Buchstabe d) zu besteuern.
- (3) Hunde, die steuerfrei gehalten werden dürfen (§§ 3 und 7), werden bei Berechnung der Anzahl der gehaltenen Hunde nicht berücksichtigt. Hunde, für die eine Steuerermäßigung gewährt (§ 6) wird, werden als Ersthund berücksichtigt.

Gemeinde Garlstorf

Am Brink 2 – 21376 Garlstorf

Tel.: 04172/ 8625 Fax: 04172/5251
gemeindebuero@garlstorf.de



§ 5

Allgemeine Voraussetzungen für die Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

- (1) Eine Steuerbefreiung nach § 7 wird nur gewährt, wenn der Hund für den angegebenen Verwendungszweck geeignet ist.
- (2) Der Antrag auf Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung ist schriftlich zu stellen. Die Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung wird vom ersten Tag des folgenden Kalendermonats an gewährt, in dem der Antrag der Samtgemeinde Salzhausen zugegangen ist und die Voraussetzungen für die Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung vorliegen.
- (3) Eine Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung nach §§ 6 und 7 wird nur gewährt, wenn
 1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind. Diesbezüglich müssen entsprechende Nachweise wie Belege, Ausbildungspapiere und/oder Prüfungszeugnisse des Hundes vorgelegt werden,
 2. der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen Tierquälerei bestraft worden ist und
 3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind.
 4. der Hund zur Bewachung von Gebäuden benötigt wird, welchen von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 300 m entfernt liegt.
- (4) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung weg, so ist dies der Samtgemeinde Salzhausen innerhalb von 14 Tagen nach deren Wegfall schriftlich mitzuteilen.

§ 6

Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf schriftlichen Antrag auf die Hälfte der in § 4 Abs. 1 angegebenen Sätze zu ermäßigen.
- (2) Für die Haltung gefährlicher Hunde im Sinne § 4 Abs. 2 wird keine Steuerermäßigung gewährt.

§ 7

Steuerfreiheit / Steuerbefreiung

- (1) Bei Personen, die sich nicht länger als zwei Monate im Gemeindegebiet aufhalten, ist das Halten derjenigen Hunde steuerfrei, die sie bei ihrer Ankunft besitzen und nachweislich in einer anderen Gemeinde innerhalb der Bundesrepublik versteuern oder dort steuerfrei halten.
- (2) Eine Steuerbefreiung ist auf schriftlichen Antrag zu gewähren für das Halten von

Gemeinde Garlstorf

Am Brink 2 – 21376 Garlstorf

Tel.: 04172/ 8625 Fax: 04172/5251
 gemeindebuero@garlstorf.de



1. Jagdgebrauchshunden (Fährtenhunden), die eine Jagdprüfung abgelegt haben und jagdlich verwendet werden;
2. Hunden, die in Einrichtungen und von Behörden
 - des Zolls,
 - der Polizei oder
 - des Bundesgrenzschutzes
 aus dienstlichen Gründen verwendet werden sowie nach deren Dienstende;
3. Hunden, die als
 - Sanitätshunde,
 - Schutzhunde oder
 - Rettungshunde
 von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinheiten verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung abgelegt haben. Die Ablegung der Prüfung ist durch das Vorlegen des Prüfungszeugnisses nachzuweisen. Die Verwendung des Hundes ist in geeigneter Weise nachzuweisen. Die Steuerbefreiung gilt auch nach dem Dienstende;
4. Hunden, die in Tierheimen untergebracht sind;
5. Blindenführhunden, die von blinden Personen gehalten werden;
6. Hunden, die zum Schutz und zur Hilfe hilfloser Personen unentbehrlich sind und ausschließlich für diesen Zweck verwendet werden.

Hilflose Personen sind solche, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „aG“ oder „H“ besitzen.

Die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.

§ 8

Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres fällig. Bei erstmaliger Heranziehung ist ein nach § 3 Abs. 4 festgesetzter Teilbetrag innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.
- (2) Die Zahlung der Jahressteuer kann auch zum 01.07. eines jeden Jahres erfolgen. Eine Änderung ist dann jedoch erst ab dem Folgejahr möglich.
- (3) Nachzahlungen werden innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides, Erstattungsbeträge mit der Bekanntgabe des Bescheides fällig.

Gemeinde Garlstorf
Am Brink 2 – 21376 Garlstorf
 Tel.: 04172/ 8625 Fax: 04172/5251
 gemeindebuero@garlstorf.de



§ 9

Sicherung und Überwachung der Steuer

- (1) Die Hundehalterin/der Hundehalter ist verpflichtet einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach der Aufnahme oder – wenn der Hund ihr/ihm durch Geburt von einer von ihr/ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist – innerhalb von 14 Tagen, nachdem der Hund drei Monate alt geworden ist, bei der Samtgemeinde Salzhausen schriftlich anzumelden.

In den Fällen des § 2 Absatz 1 Satz 4 muss die Anmeldung innerhalb von 14 Tagen nach dem Tag, an dem der Zeitraum von 2 Monaten überschritten worden ist, erfolgen. In den Fällen des § 3 Absatz 1 ist eine Anmeldung innerhalb von 14 Tagen des auf den Zuzug folgenden Monats vorzunehmen.

Bei der Anschaffung eines Hundes sind bei der Anmeldung der Name und die Anschrift der Voreigentümerin/des Voreigentümers oder der vorigen Hundehalterin/des vorherigen Hundehalters, Alter und Anschaffungsdatum des Hundes anzugeben.

Bei der Anmeldung ist immer die Rasse bzw. der Typ des Hundes anzugeben.

Sofern dem Hund ein Chip implantiert wurde, ist bei der Anmeldung die Chip.-Nr. mitzuteilen.

Bei der Anmeldung ist anzugeben, ob nach dem NHundG die Gefährlichkeit des Hundes festgestellt und eine entsprechende Erlaubnis erteilt worden ist. Sofern dies der Fall ist, ist eine entsprechende Erlaubnis in Kopie der Anmeldung beizufügen. Wird die Gefährlichkeit des Hundes erst nach der Anmeldung festgestellt, so ist die entsprechende Erlaubnis sofort der Samtgemeinde Salzhausen vorzulegen.

- (2) Nach der Anmeldung wird für jeden angemeldeten Hund eine Hundesteuermarke ausgegeben, die bei der Abmeldung des Hundes wieder abgegeben werden muss.
- (3) Wer den Hund bisher gehalten hat, muss den Hund innerhalb von 14 Tagen, nachdem
- sie/er den Hund veräußert hat,
 - sie/er den Hund sonst abgeschafft hat,
 - der Hund abhandengekommen ist,
 - der Hund verstorben ist oder
 - die Halterin/der Halter aus der Gemeinde verzogen ist,

bei der Samtgemeinde Salzhausen schriftlich abmelden.

Zur Bestimmung des maßgeblichen Zeitpunktes der An- bzw. Abmeldung sind entsprechende Nachweise durch die Hundehalterin/den Hundehalter vorzulegen. Im Falle der Abgabe des Hundes an eine andere Person sind bei der Abmeldung der Name und die Anschrift dieser Person und das Abgabedatum anzugeben.

- (4) Kommt die Hundehalterin / der Hundehalter trotz Aufforderung mit Fristsetzung ihrer / seiner Pflicht zur An- oder Abmeldung nicht nach, kann der Hund von Amts wegen an- oder abgemeldet werden.

Gemeinde Garlstorf

Am Brink 2 – 21376 Garlstorf

Tel.: 04172/ 8625 Fax: 04172/5251
 gemeindebuero@garlstorf.de



- (5) Die Hundehalterin/der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen die gültige Hundesteuermarke auf Verlangen vorzuzeigen.
 Bei Verlust der gültigen Hundesteuermarke wird der Hundehalterin/dem Hundehalter eine neue Hundesteuermarke zur Verfügung gestellt.
- (6) Die Hundehalterin/der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen auf Nachfrage wahrheitsgemäß Auskunft über die Rasse bzw. den Typ und die Anzahl der gehaltenen Hunde und deren Versteuerung zu geben.
- (7) Hundehalter/innen, Haushaltsvorstände und deren Stellvertreter/innen sind verpflichtet, den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen bei der Durchführung von Hundebestandsaufnahmen wahrheitsgemäß Auskunft über die Rasse bzw. den Typ und die Anzahl der gehaltenen Hunde zu erteilen.
- (8) Sofern eine andere Person als die Hundehalterin/der Hundehalter den Hund umherlaufen lässt oder ausführt, so treffen die Verpflichtungen der Absätze 5 bis 7 auch diese Person.
- (9) Wer einen Hund oder mehrere Hunde nach § 2 Abs. 1 aufgenommen hat, ist verpflichtet, der Samtgemeinde Salzhausen die zur Feststellung eines für die Besteuerung der Hundehaltung erheblichen Sachverhaltes erforderlichen Auskünfte wahrheitsgemäß zu erteilen. Wenn die Sachverhaltsaufklärung durch die Beteiligten nicht zum Ziele führt oder keinen Erfolg verspricht, sind auch andere Personen, insbesondere Grundstückseigentümer, Mieter oder Pächter verpflichtet, der Samtgemeinde Salzhausen auf Nachfrage über die auf dem Grundstück, im Haushalt, Betrieb, Institution oder Organisation gehaltenen Hunde und deren Halter Auskunft zu erteilen (§ 11 Abs. 1 Nr. 3a NKAG i. V. m. § 93 AO).

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Absatz 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
1. entgegen § 5 Absatz (4) der Samtgemeinde Salzhausen den Wegfall der Steuerbefreiung oder –ermäßigung nicht fristgerecht mitteilt,
 2. entgegen § 9 Absätze (1) bis (3) seine Meldepflichten nicht erfüllt,
 3. entgegen § 9 Absatz (5) Satz 1, Absätze (6) und (7) den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen auf Nachfrage die Steuermarke nicht vorzeigt oder keine, oder nicht wahrheitsgemäß Auskunft erteilt,
 4. entgegen § 9 Absatz (8) die ihr/ihm obliegenden Pflichten nach § 9 Absätze (5) bis zu (7) nicht erfüllt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 18 Abs. 3 NKAG mit einer Geldbuße geahndet werden.

Gemeinde Garlstorf

Am Brink 2 – 21376 Garlstorf

Tel.: 04172/ 8625 Fax: 04172/5251
 gemeindebuero@garlstorf.de



§ 11

Datenverarbeitung

- (1) Die zur Ermittlung der Steuerpflicht, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Hundesteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Samtgemeinde Salzhausen gemäß Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 3 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes i. V. m. § 11 NKAG und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung (AO) erhoben und verarbeitet. Eine Datenerhebung beim Vollstreckungsgericht, beim Amtsgericht (Grundbuch), beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (Katasteramt), bei den Sozialversicherungsträgern, der Rentenversicherung und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Dienststellen der Samtgemeinde Salzhausen und anderer Städte und Gemeinden erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch den Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Abs. 1. S. 3 AO).
- (2) Erhobene Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuerfestsetzung, -erhebung und -vollstreckung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabenverfahrens, das dieselbe/denselben Abgabepflichtige/n betrifft, verarbeitet werden. Technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach Artikel 25 und 32 DSGVO sind getroffen worden. Die personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gemäß der AO, dem NKAG bzw. der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen des Landes Niedersachsen in der Regel nach 10 Jahren gelöscht.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Satzung in dieser Fassung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Hundesteuersatzung vom 13.12.2006 in seiner zurzeit gültigen Fassung außer Kraft.

Garlstorf, den 09. Oktober 2023

Horst Jagau
 Bürgermeister



Thorsten Voigts
 stellvertr. Bürgermeister



GEMEINDE ROSENGARTEN
Der Bürgermeister
Bremer Straße 42, 21224 Rosengarten-Nenndorf

08.12.2023

Sprechzeiten: Mo. Di. u. Fr. 8 - 12 Uhr - Do. 8 - 12 Uhr u. 14 - 18:15 Uhr

B e k a n n t m a c h u n g N r . : 5 8 / 2 0 2 3

Sitzung des Rates der Gemeinde Rosengarten

am Dienstag, 19.12.2023 um 19:00 Uhr,

Böttcher's Gasthaus, Bremer Straße 44, 21224 Rosengarten-Nenndorf

Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
- 2 Sportlerehrung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2023
- 4 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und andere wichtige Angelegenheiten
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Hundesteuersatzung – 1. Änderung
- 7 Zuwendungen an die Gemeinde Rosengarten für die Erfüllung von gemeindeeigenen Aufgaben (Sponsoring); Annahme von Zuwendungen
- 8 3. Änderung und Ergänzung der Anlage 1 der Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen und Personen, zu deren Unterbringung die Gemeinde verpflichtet ist (Unterkunfts- und Gebührensatzung) vom 28.11.2022
- 9 16. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rosengarten über Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen
- 10 Rechtsmangelanzeige BUND Landesverband Niedersachsen e.V. / Gemeinde Rosengarten

- 11 44. Änderung des Flächennutzungsplan Fortschreibung 2020 „Klecken, Hainbuch-Ost“
- Beratung und Beschluss über die während der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen
- Feststellungsbeschluss
- 12 Anträge und Anfragen von Ratsmitgliedern in Angelegenheiten der Gemeinde
- 13 Anregungen und Beschwerden
- 14 Einwohnerfragestunde



Bürgermeister

Aushang vom 08.12.2023 bis 20.12.2023



GEMEINDE TOSTEDT

Der Gemeindedirektor

BEKANNTMACHUNG

des Satzungsbeschlusses über den Bebauungsplan Nr. 15/III „Lönsweg“, 1. Änderung mit örtlicher Bauvorschrift

Der Rat der Gemeinde Tostedt hat die 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 15/III „Lönsweg“ mit örtlicher Bauvorschrift in der öffentlichen Sitzung am 10. Oktober 2023 als Satzung nebst Begründung beschlossen.

Gemäß § 44 Abs. 5 BauGB wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche durch die nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretenen Vermögensnachteile durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die im § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird. Der Entschädigungsberechtigte kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans, nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtliche Fehler und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs gemäß § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Tostedt unter Darlegung des die Verletzung begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 15/III „Lönsweg“ ist aus dem anliegenden Übersichtsplan ersichtlich. Die Änderung umfasst die bebauten Grundstücke Am Dillsbach 8 und 10.

Die 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 15/III mit örtlicher Bauvorschrift sowie Begründung kann bei der Samtgemeindeverwaltung im Rathaus in Tostedt, Schützenstraße 26a (Fachbereich "Bauen und Planung"), während der Öffnungszeiten eingesehen werden und über den Inhalt Auskunft verlangt werden.

Ergänzend werden die Unterlagen nach Ausfertigung der beglaubigten Abschrift auch in das Internet eingestellt und zugänglich gemacht.

Die o.g. 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 15/III „Lönsweg“ mit der örtlichen Bauvorschrift tritt mit dem Tage der Bekanntmachung im „Amtsblatt für den Landkreis Harburg“ in Kraft.

Tostedt, den 23. November 2023
Der Gemeindedirektor



Peter Dörsam

- Dr. Peter Dörsam -

Übersichtsplan, genordet, ohne Maßstab



Hundesteuersatzung der Gemeinde Wulfsen

§ 1

Steuergegenstand

Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet. Näheres regelt § 3.

§ 2

Steuerpflicht

- (1) Steuerpflichtig ist die Hundehalterin/der Hundehalter. Als Hundehalterin/Hundehalter gilt, wer einen Hund oder mehrere Hunde in ihrem/seinem Haushalt oder Betrieb, ihrer/seiner Institution oder Organisation für Zwecke der persönlichen Lebensführung aufgenommen hat oder einen Hund im Interesse einer juristischen Person hält. Als Hundehalter/in gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn nicht nachgewiesen wird, dass der Hund in der Bundesrepublik bereits versteuert oder steuerfrei gehalten wird. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, wenn die Pflege, die Verwahrung, das Anlernen oder die Haltung auf Probe den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.
- (2) Alle nach Absatz 1 aufgenommenen oder gehaltenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3

Erhebungszeitraum, Entstehung der Steuer

- (1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem ersten Tag auf die Aufnahme nach § 2 Abs. 1 folgenden Kalendermonats, in dem der Hund in den Haushalt, den Betrieb, die Institution oder die Organisation aufgenommen worden ist, frühestens jedoch mit dem ersten Tag des folgenden Kalendermonats, in dem der Hund drei Monate alt wird.

Bei Hunden, die der Halterin/dem Halter durch Geburt von einer von ihr/ihm gehaltenen Hündin zuwachsen, entsteht der Steueranspruch erst mit dem Ersten des Monats, der auf den Tag folgt, an dem der Hund drei Monate alt geworden ist.

Bei Hunden, deren Halten bereits in der Gemeinde Wulfsen oder einer anderen Kommune besteuert worden ist, entsteht die Steuerpflicht mit Beginn des auf die Aufnahme folgenden Monats.

Beginnt das Halten bereits am ersten Tag eines Kalendermonats, so entsteht der Steueranspruch mit diesem Tag.

- (2) Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Hund veräußert oder abgeschafft wird, abhandenkommt oder verstirbt. Das Gleiche gilt, wenn die/der Hundehalter/in aus dem Gemeindegebiet wegzieht.
- (3) Die Steuer wird für ein Kalenderjahr oder – wenn der Steueranspruch erst während des Jahres entsteht – für den Rest des Kalenderjahres festgesetzt und erhoben.

- (4) Die Hundesteuer kann gem. § 13 Abs. 1 NKAG mit anderen Abgaben der Gemeinde Wulfsen auf einem Bescheid festgesetzt werden.
- (5) Für diejenigen Steuerpflichtigen, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Für die Steuerpflichtigen treten mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre. Bei Änderungen, die den Steueranspruch betreffen, wird immer ein schriftlicher Steuerbescheid erteilt.

§ 4

Steuermaßstab und Steuersätze

- (1) Die Steuer wird nach der Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Die Steuer beträgt jährlich:
- a) für den ersten Hund 48,00 €
 - b) für den zweiten Hund 72,00 €
 - c) für jeden weiteren Hund 108,00 €
 - d) für jeden gefährlichen Hund 600,00 €.
- (2) Gefährliche Hunde nach im Sinne der Satzung sind diejenigen Hunde, die eine gesteigerte Aggressivität aufweisen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Hund
- Menschen oder Tiere gebissen oder sonst eine über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft, Angriffslust oder Schärfe gezeigt hat oder
 - auf Angriffslust, auf über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft oder Schärfe oder auf ein anderes in der Wirkung gleichstehendes Merkmal gezüchtet, ausgebildet oder abgerichtet ist
- und die Fachbehörden die Gefährlichkeit des Hundes nach § 7 des Niedersächsischen Gesetzes über das Halten von Hunden (NHundG) festgestellt hat. In diesem Fall ist der Hund ab dem Ersten des Monats, in dem die Gefährlichkeit festgestellt wird, entsprechend § 4 Abs. 1 Buchstabe d) zu besteuern.
- (3) Hunde, die steuerfrei gehalten werden dürfen (§§ 3 und 7), werden bei Berechnung der Anzahl der gehaltenen Hunde nicht berücksichtigt. Hunde, für die eine Steuerermäßigung gewährt (§ 6) wird, werden als Ersthund berücksichtigt.

§ 5

Allgemeine Voraussetzungen für die Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

- (1) Eine Steuerbefreiung nach § 7 wird nur gewährt, wenn der Hund für den angegebenen Verwendungszweck geeignet ist.
- (2) Der Antrag auf Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung ist schriftlich zu stellen. Die Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung wird vom ersten Tag des folgenden Kalendermonats an gewährt, in dem der Antrag der Samtgemeinde Salzhausen zugegangen ist und die Voraussetzungen für die Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung vorliegen.

- (3) Eine Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung nach §§ 6 und 7 wird nur gewährt, wenn
1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind. Diesbezüglich müssen entsprechende Nachweise wie Belege, Ausbildungspapiere und/oder Prüfungszeugnisse des Hundes vorgelegt werden,
 2. der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen Tierquälerei bestraft worden ist und
 3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind.
 4. der Hund zur Bewachung von Gebäuden benötigt wird, welchen von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 300 m entfernt liegt.
- (4) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung weg, so ist dies der Samtgemeinde Salzhausen innerhalb von 14 Tagen nach deren Wegfall schriftlich mitzuteilen.

§ 6 Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf schriftlichen Antrag auf die Hälfte der in § 4 Abs. 1 angegebenen Sätze zu ermäßigen.
- (2) Für die Haltung gefährlicher Hunde im Sinne § 4 Abs. 2 wird keine Steuerermäßigung gewährt.

§ 7 Steuerfreiheit / Steuerbefreiung

- (1) Bei Personen, die sich nicht länger als zwei Monate im Gemeindegebiet aufhalten, ist das Halten derjenigen Hunde steuerfrei, die sie bei ihrer Ankunft besitzen und nachweislich in einer anderen Gemeinde innerhalb der Bundesrepublik versteuern oder dort steuerfrei halten.
- (2) Eine Steuerbefreiung ist auf schriftlichen Antrag zu gewähren für das Halten von
 1. Jagdgebrauchshunden (Fährtenhunden), die eine Jagdprüfung abgelegt haben und jagdlich verwendet werden;
 2. Hunden, die in Einrichtungen und von Behörden
 - des Zolls,
 - der Polizei oder
 - des Bundesgrenzschutzes
 aus dienstlichen Gründen verwendet werden sowie nach deren Dienstende;
 3. Hunden, die als
 - Sanitätshunde,
 - Schutzhunde oder
 - Rettungshunde
 von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinheiten verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung abgelegt haben. Die Ablegung der Prüfung ist durch das Vorlegen des

Prüfungszeugnisses nachzuweisen. Die Verwendung des Hundes ist in geeigneter Weise nachzuweisen. Die Steuerbefreiung gilt auch nach dem Dienstende;

4. Hunden, die in Tierheimen untergebracht sind;
5. Blindenführhunden, die von blinden Personen gehalten werden;
6. Hunden, die zum Schutz und zur Hilfe hilfloser Personen unentbehrlich sind und ausschließlich für diesen Zweck verwendet werden.

Hilflose Personen sind solche, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „aG“ oder „H“ besitzen.

Die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.

§ 8

Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres fällig. Bei erstmaliger Heranziehung ist ein nach § 3 Abs. 4 festgesetzter Teilbetrag innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.
- (2) Die Zahlung der Jahressteuer kann auch zum 01.07. eines jeden Jahres erfolgen. Eine Änderung ist dann jedoch erst ab dem Folgejahr möglich.
- (3) Nachzahlungen werden innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides, Erstattungsbeträge mit der Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 9

Sicherung und Überwachung der Steuer

- (1) Die Hundehalterin/der Hundehalter ist verpflichtet einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach der Aufnahme oder – wenn der Hund ihr/ihm durch Geburt von einer von ihr/ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist – innerhalb von 14 Tagen, nachdem der Hund drei Monate alt geworden ist, bei der Samtgemeinde Salzhausen schriftlich anzumelden.

In den Fällen des § 2 Absatz 1 Satz 4 muss die Anmeldung innerhalb von 14 Tagen nach dem Tag, an dem der Zeitraum von 2 Monaten überschritten worden ist, erfolgen. In den Fällen des § 3 Absatz 1 ist eine Anmeldung innerhalb von 14 Tagen des auf den Zuzug folgenden Monats vorzunehmen.

Bei der Anschaffung eines Hundes sind bei der Anmeldung der Name und die Anschrift der Voreigentümerin/des Voreigentümers oder der vorigen Hundehalterin/des vorherigen Hundehalters, Alter und Anschaffungsdatum des Hundes anzugeben.

Bei der Anmeldung ist immer die Rasse bzw. der Typ des Hundes anzugeben.

Sofern dem Hund ein Chip implantiert wurde, ist bei der Anmeldung die Chip.-Nr. mitzuteilen.

Bei der Anmeldung ist anzugeben, ob nach dem NHundG die Gefährlichkeit des Hundes festgestellt und eine entsprechende Erlaubnis erteilt worden ist. Sofern dies der Fall ist, ist eine entsprechende

Erlaubnis in Kopie der Anmeldung beizufügen. Wird die Gefährlichkeit des Hundes erst nach der Anmeldung festgestellt, so ist die entsprechende Erlaubnis sofort der Samtgemeinde Salzhausen vorzulegen.

(2) Nach der Anmeldung wird für jeden angemeldeten Hund eine Hundesteuermarke ausgegeben, die bei der Abmeldung des Hundes wieder abgegeben werden muss.

(3) Wer den Hund bisher gehalten hat, muss den Hund innerhalb von 14 Tagen, nachdem

- sie/er den Hund veräußert hat,
- sie/er den Hund sonst abgeschafft hat,
- der Hund abhandengekommen ist,
- der Hund verstorben ist oder
- die Halterin/der Halter aus der Gemeinde verzogen ist,

bei der Samtgemeinde Salzhausen schriftlich abmelden.

Zur Bestimmung des maßgeblichen Zeitpunktes der An- bzw. Abmeldung sind entsprechende Nachweise durch die Hundehalterin/den Hundehalter vorzulegen. Im Falle der Abgabe des Hundes an eine andere Person sind bei der Abmeldung der Name und die Anschrift dieser Person und das Abgabedatum anzugeben.

(4) Kommt die Hundehalterin / der Hundehalter trotz Aufforderung mit Fristsetzung ihrer / seiner Pflicht zur An- oder Abmeldung nicht nach, kann der Hund von Amts wegen an- oder abgemeldet werden.

(5) Die Hundehalterin/der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen die gültige Hundesteuermarke auf Verlangen vorzuzeigen.
Bei Verlust der gültigen Hundesteuermarke wird der Hundehalterin/dem Hundehalter eine neue Hundesteuermarke zur Verfügung gestellt.

(6) Die Hundehalterin/der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen auf Nachfrage wahrheitsgemäß Auskunft über die Rasse bzw. den Typ und die Anzahl der gehaltenen Hunde und deren Versteuerung zu geben.

(7) Hundehalter/innen, Haushaltsvorstände und deren Stellvertreter/innen sind verpflichtet, den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen bei der Durchführung von Hundebestandsaufnahmen wahrheitsgemäß Auskunft über die Rasse bzw. den Typ und die Anzahl der gehaltenen Hunde zu erteilen.

(8) Sofern eine andere Person als die Hundehalterin/der Hundehalter den Hund umherlaufen lässt oder ausführt, so treffen die Verpflichtungen der Absätze 5 bis 7 auch diese Person.

(9) Wer einen Hund oder mehrere Hunde nach § 2 Abs. 1 aufgenommen hat, ist verpflichtet, der Samtgemeinde Salzhausen die zur Feststellung eines für die Besteuerung der Hundehaltung erheblichen Sachverhaltes erforderlichen Auskünfte wahrheitsgemäß zu erteilen. Entsprechende Änderungen sind umgehend mitzuteilen. Wenn die Sachverhaltsaufklärung durch die Beteiligten nicht zum Ziele führt oder keinen Erfolg verspricht, sind auch andere Personen, insbesondere Grundstückseigentümer, Mieter oder Pächter verpflichtet, der Samtgemeinde Salzhausen auf Nachfrage über die auf dem Grundstück, im Haushalt, Betrieb, Institution oder Organisation gehaltenen Hunde und deren Halter Auskunft zu erteilen (§ 11 Abs. 1 Nr. 3a NKAG i. V. m. § 93 AO).

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Absatz 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
1. entgegen § 5 Absatz (4) der Samtgemeinde Salzhausen den Wegfall der Steuerbefreiung oder –ermäßigung nicht fristgerecht mitteilt,
 2. entgegen § 9 Absätze (1) bis (3) seine Meldepflichten nicht erfüllt,
 3. entgegen § 9 Absatz (5) Satz 1, Absätze (6), (7) und (9) den Beauftragten der Samtgemeinde Salzhausen auf Nachfrage die Steuermarke nicht vorzeigt oder keine, oder nicht wahrheitsgemäß Auskunft erteilt,
 4. entgegen § 9 Absatz (8) die ihr/ihm obliegenden Pflichten nach § 9 Absätze (5) bis zu (7) nicht erfüllt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 18 Abs. 3 NKAG mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 11 Datenverarbeitung

- (1) Die zur Ermittlung der Steuerpflicht, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Hundesteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Samtgemeinde Salzhausen gemäß Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 3 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes i. V. m. § 11 NKAG und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung (AO) erhoben und verarbeitet. Eine Datenerhebung beim Vollstreckungsgericht, beim Amtsgericht (Grundbuch), beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (Katasteramt), bei den Sozialversicherungsträgern, der Rentenversicherung und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Dienststellen der Samtgemeinde Salzhausen und anderer Städte und Gemeinden erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch den Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Abs. 1. S. 3 AO).
- (2) Erhobene Daten dürfen von der datenverarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuerfestsetzung, -erhebung und -vollstreckung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabenverfahrens, das dieselbe/denselben Abgabepflichtige/n betrifft, verarbeitet werden. Technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach Artikel 25 und 32 DSGVO sind getroffen worden. Die personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gemäß der AO, dem NKAG bzw. der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen des Landes Niedersachsen in der Regel nach 10 Jahren gelöscht.


§ 12
Inkrafttreten

Diese Satzung in dieser Fassung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Hundesteuersatzung vom 09.01.2007 in seiner zurzeit gültigen Fassung außer Kraft.

Wulfsen, den 30.11.2023



Matthias Kruse
Bürgermeister



Oliver Drewes
stellvertr. Bürgermeister